

29. August 2020, 17:40 Uhr Rohstoffe - Erfurt

Initiativen fordern mehr Umweltbewusstsein bei Rohstoffabbau

Direkt aus dem dpa-Newskanal

Erfurt (dpa/th) - Mit einer gemeinsamen Erklärung fordern verschiedene Initiativen mehr Umweltschutz beim Abbau von Kies, Sand und Gips. In der "Erfurter Erklärung" fordern die Bürgerinitiativen aus Baden-Württemberg, Brandenburg, Sachsen und Thüringen eine Reform des Bergrechts, wie die Grüne Liga am Samstag mitteilte. Der Umweltverband hatte die Initiativen am Wochenende nach Erfurt eingeladen.

"Wir brauchen ein Ende der veralteten Rohstoffgewinnungsmethoden im gesamten Baubereich", sagte Uli Wieland von der Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga. "Die aktuelle Praxis der Baustoffproduktion sorgt für die Zerstörung unwiederbringlicher Natur und Landschaften."

Zu den Forderungen an die bundesweite Politik gehören unter anderem eine Recyclingquote in der Bauwirtschaft und ein Förderprogramm zur Entwicklung nachwachsender und alternativer Baustoffe. Zudem sollten nur noch in Ausnahmefällen Genehmigungen für neue Abbaugebiete erteilt werden.

Der Bedarf an Naturgips wird in Zukunft allerdings steigen, kommunizierte die Branche zuletzt immer wieder und fordert daher die Ausweitung der umstrittenen Abbauf Flächen. Ihr Argument: Durch den Kohleausstieg werde der sogenannte REA-Gips fehlen, der bisher bei der Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwerken als Nebenprodukt abfalle.

Gerade Thüringen gehört zu den Regionen in Deutschland mit bedeutenden Vorkommen an Naturgips. Seit Jahren streiten Umweltverbände mit verschiedenen Unternehmen, die im Südharz Gips abbauen. Der BUND etwa kritisiert, dass dort so die besondere Karstlandschaft zerstört werde, die einer Vielzahl von Tieren und Pflanzen als Lebensraum diene.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200829-99-356798

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: Direkt aus dem dpa-Newskanal